

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Wagnitz, Rieser.
Verlag: Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen

der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postzeitung: Dresden 1550
Wochensatz Rieser Nr. 52.

Nr. 295.

Mittwoch, 20. Dezember 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4,50.— Mark einschl. Beigerlohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 20. und 21. Seite 2 Mark je Woche (8 Seiten) 40.— Mark; jeitendebend und tabellarischer Satz 50.— Mark; Aufschlag, Nachweilungs- und Vermittlungsgebühr 8.— Mark. Feste Tarife, Bewilligung Rabatt, erteilt wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wichtige Unterhaltungsbeilage: 12. Jahrgang an der Elbe. In Halle: 12. Jahrgang. In der Zeitungs- oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Rieser.
Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Rieser.

Beleuchtung von Treppen und Fluren in den Wohnhäusern betreffend.

Die nachstehende Vollziehverordnung vom 12. 9. 1912, die Beleuchtung der Treppen und Fluren in den Wohnhäusern betr., bringen wir hiermit in Erinnerung.
Im Hinblick auf die hohen Preise der Beleuchtungsmittel empfehlen wir jedoch, die Beleuchtung möglichst frühzeitig einzustellen, insbesondere in den Häusern, wo Klingelanlagen vorhanden sind.

Mit der Einstellung der Beleuchtung sind die Häuser zu schließen.
Der Rat der Stadt Rieser, am 18. Dezember 1922.

Vollziehverordnung.

Die Beleuchtung der Treppen und Fluren in den Wohnhäusern betreffend.
Im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt und Sicherheit wird auf Grund von § 164 des sächs. allgemeinen Baugesetzes vom 1. Juni 1900 folgendes verordnet.

Hoffnungsrückschlag.

Es ist eine elementare Erscheinung, daß gerade die Kreise, deren Augen besonders stark auf die Realitäten des Lebens eingestellt sind, die Vertreter der Großwirtschaft, sich häufig am leichtesten von Hoffnungen bestimmen lassen, deren Untergrund für den Fachpolitiker von vornherein als äußerst schwach zu erkennen ist. Das amerikanische Angebot, das gleichzeitig mit einem formellen Rückzug der französischen Politik die Hoffnungen belebt, war von vornherein so bedingt gehalten, so sehr auf einem heute noch nicht tragfähigen Untergrunde aufgebaut, daß die Ostung der Völkern, wenigstens im Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen der internationalen Politik, schwer zu verstehen war. Je mehr Einzelheiten über die amerikanischen Pläne bekannt geworden sind, um so mehr ebte auch der Börsenkurs ab. Die Welt beginnt sich zum Teil wieder der realistischen Kreise und zur Erleichterung gewisser Schichten wieder dem altbewährten Stande zu nähern. Gleichzeitige Treffen aus Paris und aus Washington, den für die Gestaltung der Dinge in der nächsten Zeit ausschlaggebenden Hauptstädten, Nachrichten ein, die erkennen lassen, daß die Skepsis der Politiker durchaus berechtigt gewesen ist. Voltaire hat auf die Nachricht hin, daß der Markt sich zu heben beginnt, und Frankreich damit der Bezahlung wenigstens eines Teiles seiner Ansprüche näher gerückt wird, sofort eine Pressekonferenz einberufen, um mit der den französischen Staatsmännern berufsmäßig eigenen Brutalität von vornherein alle glimmenden Hoffnungen auszutreten. Laut und vernehmbar ruft er in alle Welt hinein, daß Frankreich gar nicht daran denke, auf irgend eines seiner angeblichen Rechte zu verzichten. Den Gedanken, etwa Deutschlands Bezahlungslast zu mildern, weist er mit Entrüstung von sich. Am meisten erbittert ihn die Aussicht, etwa einen neuen Reparationsplan aufzustellen, nachdem der alte sich als völlig unbrauchbar erwiesen und zu der Leidensseite von Stundungsgeldern einerseits und wilden Drohungen auf der anderen Seite geführt hat. Das Boulevardblatt „Echo de Paris“ steht in dem amerikanischen Angebot nichts als ein Mandat, um Frankreich auf seinem Wege nach der Ruhe aufzuhalten. Und dieser Weg ist für französische Führer ansehend der allein gangbare, mag er nun von Volk und Beamten im Grunde doch selbst ist, von französischen Beamten und Volksparteien beschritten werden.

Dieses Echo aus Frankreich, das an sich nicht überrascht, hat nunmehr aus Washington zu größerer Zurückhaltung veranlaßt. Amlichscheits sucht man den gesamten Sanierungsplan nun mit einem Schleier zu verhüllen und nochmals keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, daß ohne Regelung der Reparationsfrage an keine Verwirklichung der amerikanischen Finanzierungspläne zu denken ist. Die Regierung des Reiches hat den Wünschen der Welt, die eine Geländung des mitteleuropäischen Marktes gefordert haben, durch ihren Schritt genug getan. Wenn Frankreich, wie bisher immer noch, eine Verwirklichung jeder verständigen Absicht zunichte macht, dann hat Amerika keine Veranlassung, europäischer zu sein als Europa.

Der Newyorker Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet, Staatssekretär Hughes habe die Lage in Washington bezüglich Europas richtig charakterisiert, als er sagte, daß die Washingtoner Regierung erst am Beginn langer und heftiger Verhandlungen stehe. Telegramme aus Paris, Berlin und London hätten gezeigt, daß zu harte Schlüsse bezüglich der finanziellen Probleme gezogen worden seien.

Reuter berichtet aus Newyork zu der Meldung, daß Morgan erklärt habe, er wünsche lebhaft von der Besserung der Lage behilflich zu sein, jedoch sei sein Standpunkt derselbe, wie zur Zeit der Pariser Bankierkonferenz im Juli. Diese Meldung verstärkt den Eindruck, daß Präsident Harding versuchen wolle, auf diplomatischem Wege eine Herabsetzung der Reparationssumme zu erreichen oder die Grenze von Deutschlands Zahlungsdreißig festzusetzen, bevor die Beratung über eine Anleihe beginnt.

„Newyork Herald“ erzählt aus Washington, daß zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich in offiziellem Verhandlungen in der Reparationsfrage im Gange seien. Die Vereinigten Staaten hoffen auf französischer Zustimmung zur Bildung einer Finanzkommission, die auch die durch den Versailler Vertrag nicht gebundenen Länder umfassen und Deutschlands Reparationsfähigkeit bestimmen soll. Das bleibe von den Gerüchten über eine Anleihe für Deutschland übrig. Frankreich habe nach neuen Sicherungen dafür gefragt, daß Deutschland einen etwa von der Reparationskommission festgesetzten ermäßigten Reparationsbetrag bezahle. Auf alle Fälle wolle Amerika Geld nur gegen ausreichende Sicherheiten geben. Bankrotfälle schäben die alliierte Hypothek auf Grund des Versailler Vertrages auf 30 Milliarden Dollar. Offizielle Mitteilung: Aber die Verhandlungen werden erst nach der Pariser Konferenz erzielt.

In Pariser parlamentarischen Kreisen verlautet, daß der Hamburger Bankier Reischler in den letzten Tagen in Paris gewesen sei, um Vorschläge zum Reparationsproblem zu unterbreiten. Er habe eine Vorlage überreicht, in der als Gesamtsumme der Reparationsforderungen 20 Milliarden Goldmark berechnet werden.

Das Reichskabinett

hat gestern nachmittag eine Sitzung abgehalten, in der es sich mit laufenden Angelegenheiten, insbesondere mit der Festsetzung des Preises für das zweite Drittel des Umfanges getriebes beschäftigte. Der hierüber gefaßte Beschluß wird heute im Laufe des Vormittags mitgeteilt werden.

Die Besprechungen über die Vorbereitung neuer deutscher Vorschläge wurden im Laufe des Tages innerhalb der beteiligten Ressorts mit einzelnen Vertretern der Industrie, des Handels, der Banken, der Landwirtschaft und der Gewerkschaften fortgesetzt.

Die Lausanner Konferenz.

In der gestrigen Beratung der ersten Kommission über die Meerengenfrage erklärte Lord Curzon, das russische Gegenprojekt sei für die Alliierten unannehmbar. James Salca erklärte hierauf nochmals kurz, die Einmischung der Meerengenkommission in die türkischen Angelegenheiten könne nicht angenommen werden. Er war mit dem vorliegenden Garantiesystem des Völkerbundes nicht einverstanden und schlug an dessen Stelle ein individuelles und gleichzeitig kollektives System vor, das sowohl im Frieden wie in Kriegszustand angewandt werden solle. Hierauf trat Tschicklerin für das russische Gegenprojekt ein und forderte nochmals, daß Deutschland in der internationalen Kommission vertreten sei, da es ein bedeutendes Interesse am Schwarzen Meere habe. Die Vertreter Rumänien, Serbiens und Griechenlands erklärten sich mit dem alliierten Projekt einverstanden. Lord Curzon schloß die Sitzung und schlug vor, daß morgen nachmittag noch eine letzte Sitzung der Meerengenfrage eingeplant werden solle.

Lord Curzon erklärte gestern morgen dem französischen Bevollmächtigten Carriere, daß er aus Freundschaft für Frankreich bereit sei, auf den Brauch zu verzichten, wonach die Friedensverträge sowohl in französischer, als auch in englischer Sprache redigiert werden. Er sei damit einverstanden, daß der Friedensvertrag von Lausanne nur in französischer Sprache abgefaßt wird.

Die in Lausanne weilende ägyptische Abordnung stellte der Konferenz einen ausführlichen Bericht über die ägyptische Frage zu, in dem sie ihren Antrag auf Zulassung zur Konferenz wiederholt und folgende Forderungen aufstellte: 1. Anerkennung der vollen Unabhängigkeit des Nilgebietes (Nubien und Sudan), 2. Abzug der britischen Truppen, 3. wirkliche Neutralität des Suez-Kanals, 4. Ueberwachung dieser Neutralität durch Nubien.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Eine Millionenbunde. Die Generaldirektion der Ban den Berg-Werke in Berlin hat dem Herrn Reichspräsidenten als Beileger zur Vinderung der Not in Deutschland einen Betrag von 7 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Im Einklang mit dem Stifter hat der Herr Reichspräsident hiervon 3 Millionen der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge, 2 Millionen der Deutschen Altershilfe und 2 Millionen der Rotgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft überwiehen.

Proteststreik der Schankwirtschaften in Hamburg. Am Donnerstag, den 21. Dezember, bleiben die Restaurants und Rikendbetriebe der Hamburger Hotels wegen einer Protestkundgebung gegen das von der Reichsregierung geplante Schankstättengesetz von 12 Uhr mittags ab geschlossen. Die Hotels selbst bleiben jedoch zur Aufnahme von Fremden geöffnet.

Deutsch-litauische Verhandlungen in Dresden. Dienstag vormittag traf in Dresden die litauische Delegation unter Führung des litauischen Gesandten Schaulis ein, um mit Deutschland die Verhandlungen über den Abschluß eines direkten Abkommens zu beginnen. Die Verhandlungen werden deutschseits von dem Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt von Stodammer geleitet.

12. erster weiblicher Anwalt in Deutschland. ist Fräulein Dr. jur. Maria Otto in München vereidigt und zum Oberlandesgericht sowie den Landgerichten 1 und 2 in München angelassen worden.

Die nationalsozialistische Bewegung in Württemberg. Der württembergische Landtag nahm gestern gegen die Stimmen der äußersten Rechten und der Kommunisten eine Entschließung der Reichstagsparteien und der Deutschen Volkspartei an, in der die Regierungserklärung zu den Vorarbeiten in Göttingen und zu dem Verbot national-

In allen bewohnten Gebäuden sind während der Abendstunden die Treppen und Hausflure ausreichend zu beleuchten. Die Beleuchtung hat mit Eintritt der Dunkelheit zu beginnen und mindestens bis 9 Uhr abends anzubauern. Die Verpflichtung besteht nicht, solange die Haustüren verschlossen gehalten werden. Der Polizeibehörde gegenüber ist der Hausbesitzer oder sein Stellvertreter verantwortlich.

Uebertretungen dieser Bestimmungen werden mit Geldstrafe bis zu 1500 M. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Rieser, am 12. September 1912.

Der Rat der Stadt Rieser.

ges. Dr. Scheider, Bürgermeister.

sozialistischer Versammlungen gebildet und die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Regierung gegen die Nationalsozialisten alle Machtmittel anwenden werde. Am Schluß der Sitzung gab Präsident Walter eine Erklärung ab, in der er auf die Abneigung Frankreichs hinwies und vor allen alliierten Völkern der Erde Protest gegen das Unrecht, das uns dort angetan ist und das man im Bewußtsein ist, uns noch anzutun, erhob und versicherte die deutschen Stammesbrüder am Rhein, im Saarlande und in der deutschen West des Mittelrheins und rief ihnen zu: Seid unerer Treue versichert und harret in Treue aus.

Wegen die französischen Rheinlandpläne. In einer gemeinsamen Erklärung aller Parteien des Provinzialparlamentes mit Ausnahme der Kommunisten wird gegen die Bestrebungen, das Rheinland von Preußen und dem Reich abzutrennen, Einspruch erhoben. Eine besondere Erklärung der Kommunisten ist dem Sinne nach ähnlich gehalten.

25 Verhaftungen wegen Geheimbündelei. Die amtliche Mitteilung wird, daß die Wiltener Polizei in der vergangenen Nacht in dem Kontor einer Fabrik 25 Personen festgenommen. Sie werden der Geheimbündelei beschuldigt und wurden dem Polizeiausschuss zur Vernehmung zugeführt. Diese ist noch nicht abgeschlossen.

Eine Warnung. W.P. erzählt von ausländischer Seite. In letzter Zeit häufen sich Beschwerden der hiesigen Vertreter fremder Staaten über eine unfeindliche oder gar feindselige Haltung einzelner Personen aus der deutschen Bevölkerung gegenüber den bei uns weilenden Ausländern. Dies gibt Veranlassung, auf die Folgen hinzuweisen, die Ausschreitungen gegen hiesige Ausländer für Deutschland zeitigen können. Jeder sollte sich im Verkehr mit Fremden verhalten, daß sein Verhalten die eheliche Note leitende Allgemeinheit und unsere Landesleute im Ausland in ernste Schwierigkeiten bringen kann.

Frankische Justiz im besetzten Gebiet. Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ aus Mainz ist der Bürgermeister von Nauenthal Veder vom Mainzer Kriegsgericht zu 100000 Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil er nach einer Schlägerei zwischen französischen Soldaten und Kirchweihbesuchern die Festnahme der Täter unterlassen und die Meldung an den französischen Kreisdelegierten verweigert haben soll. Die Sache wurde vom Revisionsgericht an das Mainzer Kriegsgericht zurückverwiesen, weil die höchste zulässige Geldstrafe nur 10000 Mark beträgt. Das Gericht wandelte die Geldstrafe nunmehr in eine Gefängnisstrafe um.

Die Gemeinde Saatsch der Tschekoslowakei angeteilt. Die Grenzkommission hat gestern, wie aus Kattow berichtet wird, beschlossen, die Gemeinde und das Gut Saatsch der Tschekoslowakei zuzuteilen, die Gemeinde und das Gut Dwidney aber bei Deutschland zu belassen. Ueber Saatsch soll erst in der zweiten Januarhälfte entschieden werden. Eine Begründung dieses Mehrheitsbeschlusses wurde nicht gegeben. Die Ermächtigung zur Verlegung von Saatsch wurde der Tschekoslowakei noch nicht erteilt.

Die drei sächsischen Provinziallandtage traten gestern nachmittag im Breslauer Landeshaus zusammen. Der gemeinsame Provinziallandtag wurde durch den aus Berlin als Staatskommissar entsandten Ministerialdirektor Muiert den Leiter der Kommunalabteilung des Ministeriums des Innern, mit einer Ansprache eröffnet, in der er besonders der Leidensjahre Oberdeutschens während der fremden Militärherrschaft gedachte und die Oberdeutschen Dank dafür ausdrückte, daß sie durch ihre Abstinenz ihre Treue und Zugehörigkeit zu Preußen und dem Reich zum Ausdruck gebracht haben. Unter dem Beifall der Versammlung betonte Muiert, daß wir niemals die Weniger Entscheidung als im Geiste der Gerechtigkeit und Billigkeit getroffen anerkennen können. Schließlich stellte er eine Erhöhung der Provinzialdotationen und weitere größere Summen zur Pflege kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Fragen für das Abkommensgebiet in Aussicht. Auch für Niederdeutschen sollen größere Mittel zur Verfügung gestellt werden. Nachträglich beschlagnahmte. Blättermeldungen zufolge wurde im Auftrag des Amtsgerichts Wiesbad der „Wiesbader Anzeiger“ vom 20. Juni 1922 wegen eines Urteils über die deutsche Republik nachträglich beschlagnahmte.

Den Spitzenorganisationen der Staatsarbeiter, die gestern im Reichsfinanzministerium wegen eines abermaligen Anwerkungsvorschlags für die zweite Dezemberhälfte vorstellig wurden, wurde vom Ministerialdirektor von Schlieffen erklärt, daß eine Nachzahlung auf die erst kürzlich erhobten Beiträge wegen der allgemeinen Finanzlage des Reiches und aus außenpolitischen Gründen unmöglich sei. Laut „L. V.“ haben die Gewerkschaften daraufhin gestern abend eine Versprechung abgehalten, in der beschlossen wurde, in den nächsten Tagen einen neuen gemeinsamen Schritt zu unternehmen. Einer Korrespondenzmeldung zufolge sollen die Gewerkschaften die Absicht haben, der Regierung zu erklären, daß sie für etwa ausbrechende Teufelkreise der Staatsarbeiter keine Verantwortung übernehmen könnten.

Die Berliner Schenksteuer abgelehnt. In der gestrigen außerordentlichen Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde die Vorlage über eine besondere Steuer auf den übermäßigen Verzehr — die sogenannte